

Janos Matyas Kovacs
 VOM ZWEIFEL ZUR SCHAM
 Sieben falsche Vorhersagen über das
 postkommunistische Ungarn

Juli 1989, IWM Sommerschule in Cortona, Toskana. Beim Nachdenken mit meinen Studenten über die Zukunft des sowjetischen Imperiums war ich der Einzige im Seminarraum, der nicht an eine revolutionäre Wende glaubte. Um zu beweisen, dass nichts anderes als ein langgezogener, hässlicher Verfall des Kommunismus zu erwarten stand, erging ich mich in damals modischen historischen Analogien wie etwa der Ottomannisierung. Viele Jahre später bedauerte ich meine falsche Prognose noch immer. Unterdessen war einer der Studenten stellvertretender Präsident der Ungarischen Nationalbank geworden. Kurz nachdem Premierminister Viktor Orbán 2010 zum zweiten Mal an die Macht gekommen war, wurde er in erniedrigender Weise entlassen. Ich traf den Banker auf einer Demonstration gegen Orbán in Budapest, aber mir war nicht danach, ihm unter Hinweis auf ein Plakat neben uns, auf dem sich Putin und Orbán küssten, zu sagen: »Schau nur, genau das habe ich in Cortona gemeint.« Der einzige Unterschied zu meiner Vorhersage ist, dass sich der Niedergang nicht nur vor, sondern auch nach der Revolution ereignete. Ich war zu dumm, das vorherzusehen. 1989 betrachtete ich die Möglichkeit einer Revolution mit Skepsis, ahnte allerdings nicht, wie schnell sie scheitern könnte, falls sie wirklich kommen sollte.

Im Herbst 1990 schrieb ich für die erste Ausgabe von *Transit* einen Essay über die Aussichten des postkommunistischen Übergangs.¹ Darin mache ich aus meiner (freudigen) Überraschung über die Implosion des Kommunismus kein Hehl, melde aber ernste Zweifel an der Lebensfähigkeit des Kapitalismus an, der sich aus den Ruinen der Sowjetherrschaft erhob. Auch diese Prognose sollte sich als falsch erweisen, aber aus dem entgegengesetzten Grund. Obwohl sich einige meiner Zweifel später bewahrheiteten, wurden sie in vielen Ländern des ehemaligen Ostblocks im letzten Vierteljahrhundert von der düsteren Realität einer schlei-

chenden Konterrevolution in den Schatten gestellt. Ich möchte meinen Beitrag (ein kurzes Kapitel Ego-Geschichte)² auf Ungarn beschränken, ein Musterbeispiel für die dramatische Regression, die wir derzeit beobachten.

Ein endloser Albtraum

Wer Menschen- und Bürgerrechte auch nur ein wenig respektiert, der riskiert beim Lesen der täglichen Nachrichten in meinem Land, Schaden an seiner Seele zu nehmen: An der Grenze werden Flüchtlingskinder in Container gesperrt, um die »ethnische Homogenität« der ungarischen Nation zu bewahren; in jedem Bezirk des Landes werden öffentliche Schießstände eingerichtet, um die militärische Tauglichkeit friedlicher Bürger zu verbessern; nichtstaatliche Organisationen, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten, werden erpresst; die Central European University wird erstickt; Krankenhäuser erhalten staatliche Zuschüsse, wenn sie sich weigern, Abtreibungen vorzunehmen; wegen seiner mutmaßlichen homosexuellen Vergangenheit wird auf einen Oppositionsführer eine Hexenjagd veranstaltet; die größte regierungskritische Zeitung wird geschlossen; die Regierung buhlt um Putin und Trump und macht Geschäfte mit dem Bankier von al-Qaida und so weiter. Das ist nur eine kleine Auswahl der alpträumenhaften Nachrichten der letzten Monate, die jedem liberal eingestellten ungarischen Bürger die Schamröte ins Gesicht treiben. Das meiste, das diese Nachrichten melden, wurde von Orbán öffentlich gerechtfertigt.

Wenn dieser von Schamgefühlen gequälte Bürger zufällig ein Ökonom ist wie ich, könnte er, oder sie, die Liste der Beispiele mit Nachrichten über die erneute Verstaatlichung von Privatunternehmen, die Erpressung ausländischer Firmen oder langfristige Megageschäfte im Energiesektor mit der russischen Regierung *ad nauseam* verlängern. Auch die Umverteilungspolitik des Orbán-Regimes bliebe nicht unerwähnt. Unter dem Vorwand, eine neue Mittelschicht schaffen zu wollen, hat das Regime die Oligarchen und die obere Mittelschicht (beide hochgradig vom Staat abhängig) bereichert und eine große absteigende untere Mittelschicht sowie eine wachsende bitterarme Unterschicht entstehen lassen. Man muss kein radikaler Linker sein, um die soziale Polarisierung in Ungarn als Pyramide zu beschreiben: an der Spitze Orbáns Kumpel aus Kindheitstagen und aus demselben Dorf wie er, ein ehemaliger Installateur, der

mit öffentlichen Mitteln fast jeden Tag ein Unternehmen für sich (oder seinen Freund) kauft, und drei Millionen Menschen (von insgesamt zehn Millionen Einwohnern) am Fuß, die unter Entbehrungen leiden, so sehr, dass die Hälfte von ihnen oft hungert.

Wenn dieser Ökonom sich für Public-Choice-Theorie interessiert, würde er wissen, dass die oben beschriebene Politik durch einen in den letzten sieben Jahren vollzogenen konstitutionellen Staatsstreich ermöglicht wurde, der den Rechtsstaat mit seiner Gewaltenteilung systematisch zerstört hat. Das wurde bewerkstelligt durch a) die Verabschiedung eines Wahlrechts, das eine quasi Einparteienherrschaft hervorbringt; b) die Verstümmelung des Tarifverhandlungssystems; c) die Okkupation öffentlicher Institutionen vom Verfassungsgericht bis zur Steuerbehörde; d) die Säuberung der Staatsanwaltschaft, der Gerichte, der Polizei und der Armee sowie e) die Eroberung der öffentlichen und zu einem großen Teil auch der privaten Medien. Auf diese Weise hat Orbán ein Regime errichtet, das er großspurig »System der nationalen Zusammenarbeit« nennt und für das er 2011 ein Grundgesetz verabschiedet hat. Seitdem haben Sozialwissenschaftler mit einer ganzen Reihe von Adjektiven experimentiert (wie »illiberal«, »quasi-faschistisch«, »despotisch«, »neo-autoritär«, »mafiaartig«, »national-populistisch« usw.), um das Wesen des Regimes zu erfassen, das Orbán mit seiner militärisch disziplinierten Partei und seiner Zweidrittelmehrheit im Parlament mit eiserner Hand lenkt.

Unter der Oberfläche seiner politischen Stabilität war das Regime hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Leistung immer brüchig. Auf Messers Schneide balancierend und den Staatsbankrott riskierend, spielte die ungarische Regierung in den letzten Jahren ein riskantes Spiel, als sie die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank kappte, transnationale Unternehmen mit Sondersteuern belegte und Tag für Tag europäisches Recht brach. Um den potenziellen Schaden in Grenzen zu halten, konfiszierte sie private Pensionsfonds, reduzierte die Ausgaben für Gesundheitsversorgung und Bildung drastisch und baute Sozialprogramme für die Armen ab. Währenddessen schossen die Kosten der »Law-and-Order«-Politik samt Eigenreklame in den Himmel.

Bislang hatte Orbán mit seinen Wetten Glück und konnte sich die Erholungsphasen der globalen Krise zunutze machen (vor allem dank »quantitativer Lockerung« und sinkender Energiepreise). Zudem spielte ihm die Ohnmacht der Europäischen Union in die Hände, die unfähig ist,

Regelbrecher durch Aussetzung der Transferzahlungen oder Ausschluss zu bestrafen. Dabei hat er freilich Ungarns Zukunft für die Gegenwart seines eigenen Regimes geopfert, indem er das katastrophale Scheitern seiner Wirtschaftspolitik hinter chauvinistischem Dünkel verschwinden ließ. Die Selbstausschließung von westlichen Wirtschaftsnetzwerken wird im ungarischen Neusprech als Wiedererlangung der nationalen Souveränität verkauft; der Ramschstatus ungarischer Staatsanleihen auf den Finanzmärkten gilt als Beweis einer neoliberalen Verschwörung; fortdauernde Stagnation wird als Bewahrung des ökonomischen Gleichgewichts dargestellt; das Abdriften gen Osten als einziger Weg, dem »Untergang des Abendlandes« zu entgehen; die Beschleunigung der Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte als Beweis ungarischen Talents und der vorhersehbare Ausschluss von einem schnelleren Europa als Brüssels Rache am heroischen Freiheitskampf der Ungarn. Die Krise von 2008 eingeschlossen, hat Ungarn jetzt ein ganzes Jahrzehnt verloren und ist unter den ehemaligen kommunistischen Ländern von einem Vorreiter zu einem Nachzügler geworden.

Eine pessimistische Diagnose?

Als mein *Transit*-Artikel 1990 erschien, nannten mich viele Kollegen einen Spielverderber, enthielt er doch eine lange Liste gravierender Dilemmata, vor denen die Ökonomen bei der Gestaltung der »schönen neuen Welt« des postkommunistischen Osteuropa standen. Ihrer Meinung nach konzentrierte ich mich in typisch ungarischer Art darauf, was in Zukunft wohl nicht funktionieren würde, statt darauf, was gelingen konnte. Tatsächlich stellte ich gleich zu Beginn des Artikels in einer hochtrabend Hayekianischen Terminologie einige beunruhigende Fragen:

Wie gelangen wir ohne »konstruktivistischen Rationalismus« aus einer nicht-spontanen Ordnung in den Zustand einer spontanen Ordnung? Ist die Marktwirtschaft staatlich einführbar? (...) Wie kann man eine Gesellschaft gleichzeitig wirtschaftlich liberalisieren und politisch demokratisieren, wenn ein bedeutender Teil ihrer Mitglieder nicht Anhänger des freisinnigen Ideals ist, und sie dazu noch in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt?

Dem schloss sich zur weiteren Entmutigung des Lesers eine längere Analyse darüber an, wie die Elemente der berühmten Triade wirtschaftlicher Transformation (Stabilisierung, Vermarktlichung und Privatisierung)

sich zu Teufelskreisen formieren und wechselseitig blockieren könnten. Schließlich warf ich folgende Frage auf:

Worin liegt nun die Garantie dafür, dass mit der Exzision des harten Kerns der Nomenklatura auch die Grenzen der Liberalisierung automatisch ausdehnbar sind? *Ziehen wir vom Parteistaat die Staatspartei ab, so ergibt diese Rechenoperation noch nicht Null.* (...) Wie wir wissen, ermächtigt die Demokratie jedoch auch zum *Überstimmen des Marktes*: die Liberalisierung hat nicht nur eine Diktatur-, sondern auch eine Demokratiegrenze.

Ich setzte meinen Glauben in eine Politik,

die von einer »*experimentierenden Vernunft*« geleitet ist. Diese Politik bewegt sich auf der Basis von *trial and error* Schritt für Schritt vorwärts, mutig und umsichtig. Ihre Weisheit würde sich darin zeigen, dass der Staat in der Lage wäre, auch gegen das eigene Übergewicht Garantien zu schaffen und nicht aus der zu Beginn notwendigen »sichtbaren Hand« wieder eine »sichtbare Faust« werden zu lassen.

Wenn ich heute auf meinen skeptischen Standpunkt von 1990 zurückblicke, muss ich über den darin mitschwingenden Optimismus lächeln. Ich schloss die Möglichkeit, dass sich die meisten osteuropäischen Länder in der absehbaren Zukunft erfolgreich durch den Morast der postsowjetischen Welt wursteln würden, nicht aus. Gefasst auf schwere politische Fehler, zeitweilige Rückschläge und dauerhafte zweitbeste Lösungen, konnte ich mir nicht einmal in meinen wildesten Träumen vorstellen, dass eine dauerhafte schlechteste Lösung auftauchen würde, besonders in Ostmitteleuropa. Ich war zuversichtlich, dass

1. sich die Menschen in den ehemals kommunistischen Ländern früher oder später für die geringer werdenden Kosten des Übergangs durch zunehmenden Nutzen entschädigt fühlen und einen Gesellschaftsvertrag auf Grundlage eines zeitweiligen Tauschs »Freiheit für Sicherheit« akzeptieren würden;
2. dieser Tausch nicht nur durch die neuen Freiheiten gerechtfertigt würde, sondern auch durch die langfristige Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, und dass die Bürger die Verteilung wachsenden Gemeinwohls unter den gesellschaftlichen Gruppen als fair ansehen würden;
3. der liberale/kosmopolitische Zeitgeist der 1980er Jahre weiter vorherrschen würde, dass Liberale in der Politik an Boden gewinnen würden und sie es – durch Einverleibung egalitärer und kommu-

- нитарistischer Ideen in ihre Programme – erfolgreich vermeiden könnten, als neoliberale Extremisten stigmatisiert zu werden; dass gleichzeitig die überlebenden kollektivistischen Haltungen einen Großteil ihrer vertikalen/etatistischen Merkmale verlieren, ihre horizontalen/zivilen Züge dagegen stärker werden würden; und dass der »Westen« beginnen würde, Osteuropa ziemlich rasch zu integrieren;
4. in einem solchen soziokulturellen Umfeld das informelle kapitalistische Erbe kommunistischer Gesellschaften stärker sein würde als ihr feudales Erbe; dass persönliche Abhängigkeit (Klientelismus) vom Marktwettbewerb beseitigt und der aufkommende Rechtsstaat die Korruption zurückdrängen würde; dass, der »Dahrendorf-Regel« folgend, den politischen und wirtschaftlichen Kapiteln der Revolution allmählich ein kulturelles folgen, und dass der *Homo sovieticus* langsam verschwinden würde;
 5. der politische Wettbewerb in einer Mehrparteiendemokratie und der in langlebigen Verfassungen verankerte Rechtsstaat größere Abweichungen vom liberaldemokratischen Mainstream verhindern würden; dass gleichzeitig dank bürgerschaftlichen Engagements, öffentlicher Erziehung und freier Medien republikanische Routinen und republikanischer Geist als letzter Schutzwall gegen neue populistische bzw. autoritäre Versuchungen entstehen würden;
 6. die wahre Bedrohung der Revolution von 1989 in der Restauration des kommunistischen Regimes (besonders in seiner rot-braunen Spielart) liegen würde, während das Risiko einer frischen, aber bräunlich gefärbten Degeneration des postkommunistischen Regimes zu vernachlässigen sei; falls nicht, so nahm ich an, würde eine solch hässliche Entwicklung weder vom heimischen Kapitalismus noch von den Westmächten toleriert.

Ich nahm mit gewissem Bedauern zur Kenntnis, dass staatliche Interventionen in Osteuropa am Anfang eher harsch ausfallen würden, da die Stabilisierung der Wirtschaft und die erste Phase der Liberalisierung nicht ohne ein *Grand Design* auskommen würden. Mir schien aber plausibel, dass mit der Zeit die Missionare des Übergangs durch graue Technokraten ersetzt würden, um die neuen kapitalistischen Regime mit einem Minimum an Bevormundung zu steuern. Ich erwartete, »normale Länder« (im Sinne von Andrei Shleifer und Daniel Treisman) zu sehen, die sich

dem europäischen Durchschnitt nähern würden, ohne ihn in absehbarer Zukunft zu erreichen. Die neuen Demokratien würden eher südländische als westliche Merkmale des Kapitalismus aufweisen: Ihre Institutionen und Kulturen würden noch auf lange Zeit hybride Wesen sein und etatistisch, informell, inkohärent und volatil bleiben. Sie würden westliche Muster eher ausleihen oder simulieren als etwas Neues erfinden.

Platt gesagt, war ich auf Langeweile eher als auf Schande vorbereitet. Kommen wir auf das Beispiel Ungarn zurück.

Sechs Vorhersagen – sechs Nieten

Statt Langeweile erlebten die liberal gesinnten Bürger meines Landes in den letzten Jahrzehnten eine lange Serie von peinlichen Überraschungen. Im Folgenden möchte ich versuchen, sie entlang der oben erwähnten sechs Vorhersagen zu rekonstruieren.

1. Die kombinierten Schocks von transformationsbedingter Rezession und wirtschaftlicher Liberalisierung in der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren so stark, dass die dadurch verursachten sozialen Kosten (z.B. Jobverlust) kurzfristig nicht durch den Nutzen der Transformation (z.B. Ende der Versorgungsknappheit) aufgewogen werden konnten. Die erste Welle der Freiheit verebbte, während die Nachfrage nach existenzieller Sicherheit rasch zunahm. Die Ungarn erlebten, dass mit dem Zusammenbruch des Kádár-Regimes auch der quasi-egalitäre Konsumismus kommunistischen Stils einen tödlichen Schlag erlitt. Damit sank der relative Wert der neuen politischen Freiheiten. Statt einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schmieden, liefen die Bürger in Scharen zum alten zurück und wählten 1994 die Sozialisten an die Macht, um sich der korrupten alten Nationalkonservativen zu entledigen. Aus Angst vor der Entstehung einer halbfaschistischen Gegenmacht traten die Freien Demokraten (also die Liberalen) in die Regierung der Ungarischen Sozialistischen Partei (die aus der kommunistischen Partei hervorgegangen war) ein – eine Entscheidung mit fatalen Konsequenzen für die liberale Doktrin.
2. Die wirtschaftliche Rezession verwandelte sich vor den nachfolgenden Wahlen von 1998 in ein stabiles Wachstum, aber die sozialistisch-liberale Regierung musste einen hohen Preis für die

Sparpolitik zahlen, die für die Stabilisierung notwendig war. Darüber hinaus war die rein wettbewerbsorientierte Privatisierung mit ausländischem Kapital, die keine Zuckerln für die Wähler bot, ein gemischter Segen. Sie half, die Rezession zu stoppen, aber Fairness wurde zum letzten Wort, mit dem die gewöhnlichen Leute im Ungarn der 1990er Jahre den Eigentümerwechsel beschrieben hätten. Sie waren überzeugt, zweimal bestohlen worden zu sein: früher, während der sogenannten »spontanen Privatisierung«, von »unseren« Kommunisten, nun von »fremden« Kapitalisten. In Ermangelung eines breiten sozialen Netzes untergruben die durch die Privatisierung verursachte Arbeitslosigkeit und neue Hierarchie am Arbeitsplatz das Gefühl der Sicherheit noch weiter. »Privateigentum«, »Kapitalismus«, »Globalisierung« und ihre Synonyme wurden in den Augen der Öffentlichkeit zunehmend mit Entrechtung assoziiert.

3. Zehn Jahre nach 1989 waren selbst die Gewinner der Transformation sich nicht sicher, ob eine Art von »normalem Kapitalismus« in Sicht war. Der liberale Zeitgeist hatte schon früher begonnen, sich zu verflüchtigen, als die Freien Demokraten in die korrupten Praktiken ihres Koalitionspartners verstrickt wurden. Sie verloren rasch ihren antikommunistischen, in der demokratischen Opposition vor 1989 erworbenen Glanz. Während sie auf die späten Früchte ihres Transformationsprogramms warteten, setzten sich die Liberalen dem Vorwurf aus, eine »kalte« und mitleidlose (neoliberale) Politik zu verfolgen. Sie waren besonders durch egalitäre und kommunitäre Kritik angreifbar, weil sie die Austerität nicht nur verteidigten, sondern obendrein Versuche zur Ökonomisierung von Wohlfahrtsregimen und Bildung unternahmen. Missbilligung kam auch von ihren Verbündeten aus dem NGO-Sektor – trotz der Erfolge, die die Liberalen bei der Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte (z. B. Abschaffung der Wehrpflicht) hatten.

Unterdessen verzögerte sich die Geste der Einladung in die westliche Welt immer weiter. Die Aufschiebung der Aufnahme in die Europäische Union um anderthalb Jahrzehnte beraubte die ungarischen Liberalen entscheidender Legitimationsquellen: Eine rechtzeitige Mitgliedschaft hätte eine Stabilisierung der kapitalistischen Institutionen, eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und ein robustes symbolisches Kapital bedeutet und so die

Transformationskosten gesenkt. Als die EU endlich dem Beitritt Ungarns zustimmte, war es für seine Bürger schwierig, zwischen den interventionistischen und liberalisierenden Auswirkungen der Integration abzuwägen. Zudem löste die – durch die Nationalisten überbetonte – Reduktion der Souveränität des Landes Ängste aus. Die kollektivistischen Haltungen, die den Kommunismus überlebt hatten, fanden weder in den Institutionen der Zivilgesellschaft noch unter dem Dach des europäischen Sozialmodells eine sichere Zuflucht und blieben eine leichte Beute von staatlichem Paternalismus. Die Freien Demokraten unterschrieben ihr eigenes Todesurteil, als sie 2002 wieder eine Koalition mit den Sozialisten bildeten, sich weiter für eine Liberalisierung des Wohlfahrtsstaats stark machten und Schmerzen ohne rasche Linderung versprachen. Die antiliberale Wende nach der Krise von 2008 und der gegenwärtige weltweite Aufstieg des Populismus konnten die Position der Liberalen nicht mehr beschädigen: Noch bevor ihre Idole im Westen ins Wanken gerieten, hatte die Doktrin (und die Partei) in Ungarn bereits ihre Glaubwürdigkeit verloren.

4. Die langerwartete Kulturrevolution verkehrte sich ins Gegenteil. Statt die wildkapitalistischen Züge des *Homo sovieticus* durch den Rechtsstaat zu zähmen und sie mit Republikanismus zu kombinieren, hat eine neue kulturelle Mischung Gestalt angenommen. Sie verbindet staatlichen Paternalismus mit rücksichtslosem Individualismus und verkörpert die dunkle Seite beider Welten. Die Ungarn entpuppen sich als weniger freiheitsliebend, unternehmerisch, pragmatisch etc. als im Spätkommunismus angenommen. Laut Werte-Umfragen in den letzten beiden Jahrzehnten wurde ihre Bereitschaft zur Verwestlichung (Nachahmung entweder kontinentaleuropäischer oder angelsächsischer Muster) von traditionellen »östlichen« Haltungen überschattet. Letztere reflektieren einen zunehmenden Wunsch nach Sicherheit unter dem Schirm des Staats bzw. innerhalb kleinerer Netzwerke feudaler Abhängigkeit oder nach einem ethnisch verstandenen Nationalismus. Anders ausgedrückt, sehnen sich die Ungarn danach, so bald wie möglich Mitglieder in einem »warmen«, empathischen sozialen Projekt zu sein, das eher Ordnung und Wohlfahrt als Freiheit verspricht. Offenbar haben sie nicht aufgehört, sich nach einer Vaterfigur ähnlich wie János Kádár zu sehnen (stark, verschla-

gen, plebejisch, innovativ etc.), die zwar auch ein »Gulaschregime« anbietet, aber mit mehr Nationalstolz.

5. Wenn etwas meine optimistischen Erwartungen über einen längeren Zeitraum erfüllte, dann die grundlegenden Institutionen des Rechtsstaats. Obwohl die Sozialisten von Zeit zu Zeit versuchten, ihren Einfluss auf die Judikative und die Medien auszuweiten und kleinere Änderungen am Wahlsystem vornahmen, stimmten sie mit den Liberalen überein, die Verfassung nicht willkürlich zu ändern, obwohl sie zwischen 1994 und 1998 über eine Zweidrittelmehrheit verfügten. In den langen Jahren ihrer Koalitionsregierung blieb das Prinzip der Gewaltenteilung intakt, die Rechte der parlamentarischen Minderheiten wurden beachtet, die Leiter vieler der unabhängigen Kontrollinstitutionen wurden von den Oppositionsparteien bestimmt (die auch in Schlüsselstädten und -bezirken die örtliche Selbstverwaltung führten), und die Medien waren im Wesentlichen pluralistisch und frei. Dennoch war ein Verfassungsputsch im hochgradig disproportionalen System der Parlamentswahlen vorprogrammiert, da es Mehrheiten ermöglichte, die jederzeit die Spielregeln ändern konnten. Niemand ahnte jedoch den Aufstieg politischer Unternehmer, die es wagen (oder in der Lage sein) würden, durch *lawfare* und anschließenden Putsch Hindernisse wie das Verfassungsgericht aus dem Weg zu räumen. Die Zivilgesellschaft galt nicht als ernsthafter Garant für den Schutz der liberalen Demokratie, aber die Medien schienen als Wachhund stark genug. Die politische Ermüdung unter den Bürgern, nicht zuletzt bedingt durch zweifelhafte Praktiken der Stimmenmaximierung und Koalitionsbildung aller Parteien hinter den Kulissen, wurde nicht als ernsthafte Warnung wahrgenommen. Ein anhaltendes Vertrauen in die Institutionen verdeckte die Notwendigkeit zur Zivilcourage bei der Verteidigung der republikanischen Werte und lullte die Wachsamkeit vor den Gefahren des Illiberalismus (besser gesagt Antiliberalismus) ein.
6. Wie die sprichwörtlichen Generäle, die sich immer auf den vorangegangenen Krieg vorbereiten, konzentrierten sich die Liberalen in Ungarn Anfang der 1990er Jahre so intensiv auf die konservativen Nationalisten (Teile von ihnen waren kommunistische Konvertiten), dass sie ihre eigenen Dissidenten übersahen: die Jungen Demokraten (Fidesz), geführt von Viktor Orbán, waren eine dynamische und

erfindungsreiche Kraft ohne ideologische und moralische Skrupel. Indem sie das liberale Lager verließen, gelang es ihnen, die »nationale Seite« zu kooptieren sowie die Unterstützung der christlichen Kirchen zu gewinnen, um eine – wie Fidesz es nannte – »bürgerliche Partei« der rechten Mitte zu schaffen. Diese gewann einen großen Teil der pro-liberalen und -sozialistischen Wähler mithilfe einer für den postmodernen Populismus typischen *Anything-goes*-Strategie für schnelle Lösungen. Orbán schloss sich Keynes' Diktum an, dass »wir auf lange Sicht alle tot sind«, und nutzte die Gunst der Stunde, indem er die Unsicherheit und Fehler der Rivalen ausschaltete. Er bediente sich ausgiebig der Institutionen der Herrschaft des Gesetzes, um sie später als Gesetze des Herrschers zu demontieren. Sein erster Sieg 1998 verschaffte Fidesz noch keine Verfassungsmehrheit. Die acht Jahren in der Opposition nach 2002 nutzte Orbán dazu, eine simple Strategie zur Umgehung der Dilemmata der Transformation zu ersinnen, die er umsetzen wollte, sobald seine Partei an der Macht wäre. »Wir müssen nur einmal gewinnen, aber fett«, sagte er, andeutend, dass für das künftige Regime, wie für diejenigen von Miklós Horthy und János Kádár, jede Ablösung für Jahrzehnte blockiert werden soll. Fidesz beschloss, den gordischen Knoten zu durchschlagen und sich aus der Zwickmühle der liberalen Demokratie zu befreien, indem die Partei nach 2010 die rechtsstaatliche Option über Bord warf. Sie wurde ersetzt durch einen staatlichen Kollektivismus, verpackt in einen nationalistischen und rassistischen Diskurs, gefärbt durch antikolonialistisches Selbstmitleid.

Orbán gestaltete ein »warmes« Projekt, das die Herzen der Bürger erreichte, indem er an ihre Identität und Würde appellierte, ihnen Sicherheit versprach und um seine Partei herum eine soziale Bewegung organisierte, die »Bürgerkreise« (die er übrigens nach seiner Machtübernahme erbarmungslos geopfert hat). Er vergaß auch die Reichen nicht und verpflichtete sie sich durch eine *Flat-tax*-Politik und die Diskriminierung ausländischen Kapitals auf das Regime. Es geht um nichts weniger als eine Konterrevolution, die weit über Wiederverstaatlichung und Neokorporatismus hinausgeht und den Rechtsstaat aushöhlt, einen Einparteienstaat schafft (in Orbáns Neusprech »zentrales Kraftfeld«) und einen umfassenden Kulturkampf anzettelt, um die Rückkehr liberaler Werte zu verhindern. Um diese

Werte zu ersetzen, hat Orbán das historische Repertoire des ungarischen Nationalkonservatismus mobilisiert (vom Heidentum über den Ultramontanismus bis zum heutigen Antimodernismus) und amorphe Konzepte wie »Re-industrialisierung« und »Arbeitsgesellschaft« erfunden, um die von ihm so genannten »hart arbeitenden gewöhnlichen Leute« zu umgarnen. »Östlichkeit« wurde in diesem politischen Diskurs zu einer Tugend, »Stärke« zum bevorzugten Schlagwort. Orbán porträtiert die Ungarn als »halbasiatisches Volk«, das nur die »Sprache der Macht« versteht. Bislang hat er, anders als Putin und Erdogan, Bestechung, Erpressung und Einschüchterung der physischen Gewalt vorgezogen.

Es würde diesen kurzen Essay sprengen, wenn ich abschließend die beiden »russischen« Fragen (»Wer ist schuld?« und »Was tun?«) stellen und nach kontrafaktischen Erklärungen (»Hätte es anders kommen können?«) suchen würde. So oder so würde es mir wohl kaum gelingen, die Auswirkungen von Naivität, dem eifernden Fundamentalismus frisch Bekehrter, Wunschdenken, Ignoranz, Arroganz, Korruption etc. in der jüngsten Geschichte des Liberalismus in Ungarn zu entwirren. Dasselbe gilt für meine eigenen Gedanken. Wahrscheinlich wäre ich als Politiker selbst auch geteilter Meinung gewesen und hätte ähnliche Fehler gemacht wie meine Freunde unter den Freien Demokraten – bis auf eine Sache. Ich erinnere mich gut, wie ich jedes Mal Bauchschmerzen bekam, als sie sich 1994, dann wieder 2002 und schließlich 2006 für eine Koalition mit den Sozialisten entschlossen.

Die siebte Vorhersage

Zum Glück habe ich nicht immer stur auf meinen falschen Prognosen beharrt. Die Artikel, die ich in den vergangenen Jahrzehnten in *Transit* veröffentlicht habe, reflektieren eine wachsende Enttäuschung darüber, mit ansehen zu müssen, wie sich die alte Plattitüde bewahrheitet: Die Revolution hat tatsächlich ihre Kinder gefressen. Dennoch muss ich gestehen: Obwohl die oben aufgelisteten sechs Vorhersagen mit der Zeit verblasst sind, ist eine siebte selbst nach Sarajevo und, in jüngerer Zeit, der Krim nicht ganz aus meinem Kopf gewichen. Ich möchte noch immer glauben, dass es sich der Westen ab einem gewissen Punkt nicht mehr

leisten kann, scheinbar kleinere Verbrechen wie jene, die von den antiliberalen Brandstiftern im Herzen Europas begangen werden, zu tolerieren, weil er wissen sollte: Das Feuer wird nicht an den nationalen Grenzen Halt machen. Wenn ich heute die Apathie sehe, mit der die NATO die russische wirtschaftliche und strategische Expansion in Ungarn hinnimmt oder wie die EU durch Transferzahlungen Orbáns Kumpane finanziert, und wenn ich beobachte, wie fröhlich die Vorstandschefs deutscher Autobauer mit dem Premierminister vor der Kamera schmusen, frage ich mich, ob dieser gewisse Punkt nicht nur in meiner Vorstellung existiert.

Aus dem Englischen von Andreas Simon dos Santos

Anmerkung

- 1 Vgl. Janos Matyas Kovacs, »Das Große Experiment des Übergangs. Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens«, in: *Transit* 1 (1990), S. 84-106.
- 2 Das Folgende stellt einen nicht ganz unparteiischen Bericht dar, geschrieben von jemandem, der sich dem Programm der liberalen Partei Ungarns, dem Bund Freier Demokraten, über fast zwei Jahrzehnte weitgehend angeschlossen, aber entschieden hatte, dass »Politik als Beruf« keine Option für ihn war. Eine kurze Episode als studentischer Aktivist nach 1968 machte mir klar, wie wenig geeignet ich bin, irgendeine Rolle in der Politik zu übernehmen. Um Groucho Marx' Bonmot zu variieren: Wenn ich dann doch einem Club beiträte, der bereit wäre, mich aufzunehmen, dann würde der sicher niemals erfolgreich sein.